

## **Sonstige Beschlüsse des 18. Parteitages der CDU Deutschlands**

### **Beschluss B 1**

#### **§ 16 Abs. 2 des Statuts der CDU Deutschlands wird wie folgt geändert:**

Wo es zweckmäßig erscheint, können durch Satzung der Landesverbände mehrere Kreisverbände zu regionalen Arbeitsgemeinschaften oder zu Regions- bzw. Bezirksverbänden zusammengefasst werden.

### **Beschluss C 5**

#### **Die Duale Ausbildung stärken - Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt sichern**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Verhandlungsführer der Union aus den Ländern werden aufgefordert, durch die nachfolgend dargelegten Maßnahmen die Stärken des dualen Ausbildungssystems bei der Reform des Berufsbildungsrechts auszubauen.

Die duale Berufsausbildung ist ein Standortvorteil Deutschlands im globalen Wettbewerb. Durch die Tätigkeit der jungen Menschen im Betrieb werden neueste wirtschaftliche und technische Entwicklungen in den Unternehmen direkt in die Ausbildung einbezogen. Hierin liegt ein wesentlicher Grund, warum die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland noch signifikant niedriger ist als in anderen europäischen Staaten: betrieblich ausgebildete Lehrlinge sind näher an der Praxis ausgebildet und haben dadurch bessere Einstiegschancen ins Berufsleben. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation ist das duale System aber zunehmend weniger in der Lage, allen Schulabgängern in Deutschland betriebliche Ausbildungsstellen anzubieten. Viele Schulabgänger sind gezwungen, sich in schulischen, überbetrieblichen und außerbetrieblichen Berufsbildungsangeboten zu qualifizieren.

Die berufliche Bildung ist eine der tragenden Säulen des deutschen Bildungssystems, die sich ständig an die Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft, Arbeitswelt und Technik anpassen muss. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, braucht das berufliche Ausbildungssystem eine hohe Flexibilität, die nur mit einer umfassenden Reform des Berufsbildungsgesetzes

erreicht werden kann. Derzeit ist zum Beispiel die Vernetzung von Berufsvorbereitung, beruflicher Ausbildung und lebenslangem Lernen im System der berufsbildenden Vollzeitschulen und des dualen Systems nicht ausreichend. Wir brauchen flexiblere Ausbildungszeiten, mehr Effizienz im System und eine Beschleunigung bei der Entwicklung neuer Berufsbilder. Zudem muss die Zertifizierung von Teilqualifikationen ausgebaut werden. Das Prüfungswesen muss gestrafft und erbrachte Lernleistungen müssen sich im Prüfungsergebnis widerspiegeln, indem das Zeugnis neben der Note der Abschlussprüfung auch die Abschlussnote der Berufsschule ausweist. Schließlich muss die Kooperation der betrieblichen und schulischen Systeme beruflicher Qualifizierung in Deutschland gestärkt werden.

Die CDU fordert daher, den kontinuierlichen Rückgang der betrieblichen Ausbildung zu stoppen und die Zukunft der dualen Ausbildung zu sichern. Als Sofortmaßnahme müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden, denn die duale Berufsausbildung ist an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gekoppelt. Aber auch die berufliche Bildung muss sich weiterentwickeln, um die Attraktivität des dualen Systems in Deutschland zu stärken. Die Reform sollte sich an vier Grundsätzen orientieren:

**1.** Wir wollen die Berufsausbildung modernisieren: Dazu zählt eine Beschleunigung der Erarbeitung der Berufsbilder zwischen den Sozialpartnern. Die bestehende Prüfungsform mit Zwischenprüfung und Abschlussprüfung soll zugunsten der gestreckten Abschlussprüfung weiterentwickelt werden.

**2.** Wir wollen die Berufsausbildung flexibilisieren: Das gilt besonders für die Ausbildungsdauer. Wir wollen dreijährige Ausbildungen vermehrt stufenweise organisieren. Dadurch wird einerseits die Qualität der Ausbildung erhalten. Andererseits werden praktisch begabten Menschen bessere Perspektiven eröffnet.

**3.** Wir wollen die berufliche Ausbildung dynamisieren: Dabei wollen wir das Berufskonzept stärken und durch Module ergänzen. Berufsausbildung muss lebenslang Perspektiven schaffen. Die bestehenden Gremien der Berufsausbildung müssen verschlankt werden, von

der Schaffung neuer Gremien ist abzusehen.

**4.** Wir wollen die Berufsausbildung internationalisieren. In einem europatauglichen Ausbildungspass werden alle erworbenen Qualifikationen zertifiziert. Ausbildungsabschnitte, die im Ausland absolviert wurden, werden für die Ausbildung einfacher als bisher angerechnet.

Die berufliche Ausbildung muss auf den Innovations- und Veränderungsbedarf der Wirtschaft rasch und flexibel reagieren können. Die Arbeitswelt wird immer komplexer und erfordert immer mehr Theorie. Nicht alle junge Menschen können mit dieser Veränderung Schritt halten. Zudem gibt es bei Lehrlingen und in den Betrieben nach wie vor ein Bedürfnis nach weniger komplexen Tätigkeiten. Aus diesem Grund ist die Ausbildungsdauer insgesamt zu verkürzen.

Wir müssen einerseits Bedingungen schaffen, die Jugendlichen mit schlechten Startchancen oder mit besonderen theoretischen oder praktischen Begabungen gerecht werden. Andererseits gilt es, den Bedürfnissen der Wirtschaft und den Betrieben entgegenzukommen. Deshalb müssen wir theoriegeminderte Ausbildungsberufe schaffen. Dazu braucht es jedoch Ausbildungsberufe, die statt in drei Jahren in kürzerer Zeit erlernt werden können. Entscheidend ist dabei, dass die längeren Ausbildungen vermehrt stufenweise organisiert werden. Auch Ausbildungsberufe mit einer kürzeren Ausbildungsdauer bieten die Möglichkeit einer qualifizierten Grundausbildung und einer späteren - im Rahmen der Stufenausbildung - weitergehenden Qualifizierung. Die berufliche Ausbildung soll auch dadurch attraktiver gemacht werden, dass Absolventen einer beruflichen Ausbildung der Zugang zu einem Hochschulstudium erleichtert wird.

Für zwei Drittel der nicht ausbildenden Betriebe sind die Kosten, die ein Lehrling verursacht, ursächlich für die mangelnde Bereitschaft zum Ausbilden. Ein großer Teil der Ausbildungskosten besteht aus der Ausbildungsvergütung. Als Anreiz zur Schaffung von Ausbildungsplätzen wird die Möglichkeit geschaffen, die Ausbildungsvergütung im Einvernehmen mit den Vertragspartnern abweichend von tariflichen oder branchenüblichen Regelungen zu vereinbaren. Die bestehende Prüfungsform mit Zwischenprüfung und Abschlussprüfung wird in

Richtung zur gestreckten Abschlussprüfung verändert. Die Zwischenprüfung dient heute lediglich der Ermittlung des Ausbildungsstandes. Statt der bisherigen Zwischenprüfung tritt ein erster Teil der Abschlussprüfung. Ein zweiter Teil der Abschlussprüfung wird am Ende der Ausbildung durchgeführt.

Das duale System der Berufsausbildung hat sich bewährt. Wir können zu Recht stolz darauf sein. Deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe an, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten am dualen System und an der betrieblichen Ausbildung als Erfolgsmodell festzuhalten. Wir müssen alles tun, um die Lehrstellenlücke zu verringern. Berufliche Vollzeitschulen sind Behelfslösungen, die Ausnahmen bleiben müssen. Wir halten an der betrieblichen Ausbildung im Betrieb als Regel fest.

## **Beschluss C 10**

### **Eindeutige Distanzierung von Extremisten gefordert**

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, den Kampf gegen Rechtsextremismus nicht unter der Einbeziehung von Linksextremisten zu führen. Alle Demokraten müssen gemeinsam gegen Extremisten von links und rechts zusammenstehen.

Es ist unerträglich, dass die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Ute Vogt, als Schirmherrin des Internetportals "Blick nach rechts" ([www.bnr.de](http://www.bnr.de)) auftritt. In diesem Portal wurde im Jahr 2004 für mehrere linksextremistische Gruppen geworben. Trotz einer Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Drs. 15/3875) und trotz Medienberichterstattung präsentiert das von der Bundesregierung finanziell unterstützte Internetportal "Blick nach Rechts" weiterhin unter der Rubrik "Öffentlichkeitsarbeit" die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten", der beim Bundesverfassungsschutz unter Beobachtung steht. Diese Vereinigung arbeitet laut Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung 2003 mit gewaltbereiten Linksextremisten zusammen. Die Schirmherrin des Internetportals Ute Vogt, hält damit an einer unheiligen Allianz der Sozialdemokraten mit linken Verfassungsfeinden fest. Dies setzt den antiextremistischen Konsens der Bundesrepublik Deutschland aufs Spiel.

Die CDU fordert Ute Vogt umgehend auf, die Schirmherrschaft über dieses Portal niederzulegen. Außerdem muss eine zukünftige finanzielle Förderung des Portals unbedingt an die Voraussetzung geknüpft werden, dass keine Zusammenarbeit oder Werbung des Portals für linksextremistische Gruppen stattfindet.

### **Beschluss C 11**

Die CDU tritt dafür ein, dass die Regelung der Ladenschlusszeiten in die Gesetzgebungskompetenz der Länder übergeht. Dabei muss allerdings sichergestellt sein, dass der bisher bundeseinheitlich geregelte Schutz der Sonn- und Feiertage erhalten bleibt.

### **Beschluss C 13**

#### **Verlängerung des "Solidarbeitrages"**

1. Die vom 13. Parteitag der CDU Deutschlands am 10. April 2000 in Essen für die Zeit vom 1. Juli 2000 bis 30. Juni 2005 beschlossene Abführung eines Solidarbeitrages der Kreisverbände an die Bundespartei von 0,51 Euro pro Mitglied und Monat (Beschluss D 1 Ziffer 1) wird bis zum 30. Juni 2008 verlängert.

2. Es ist den Kreisverbänden dabei freigestellt, ob und wie sie die 0,51 Euro pro Monat und Mitglied erheben oder in einem Einmalbetrag jährlich oder in einer Gesamtsumme der Bundespartei über den Landesverband zuleiten. Bei einer einmaligen Zahlung für drei Jahre erhalten die Kreisverbände einen Rabatt von 6 Prozent auf die Gesamtsumme.

### **Beschluss C 31**

Die CDU Deutschlands spricht sich für die Einführung von Wechselkennzeichen bei Kraftfahrzeugen aus.

### **Beschluss C 36**

**Mit generationengerechter Politik für morgen vorsorgen!**

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands soll sich als eines seiner zentralen Aufgabenfelder für das Jahr 2005 intensiv mit Fragen des demographischen Wandels und seiner innergesellschaftlichen und finanziellen Auswirkungen in Bund, Ländern und Kommunen befassen. Augenmerk soll dabei auch auf die Ab- und Auswanderung – vor allem jüngerer Menschen – und den damit verbundenen Strukturproblemen gelegt werden.

Die inhaltlichen Positionen der CDU Deutschlands im Vorfeld der Bundestagswahl 2006 und darüber hinaus werden auf die Generationengerechtigkeit der Politik hin ausgerichtet. Dabei sind die Auswirkungen der Konzepte in ihrer Bedeutung für die künftige Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme, für die Entwicklung des Arbeitsmarktes, die Bildung, die Wissenschaft, die demographische Entwicklung, den Umweltschutz und die natürlichen Ressourcen sorgfältig abzuwägen.

Der Bundesvorstand soll Modelle entwickeln, wie individualisierte private Altersrückstellungen in den sozialen Sicherungssystemen gebildet werden können, um die Demographiefestigkeit dieser Systeme herzustellen und den Einzelnen vor unzumutbar hohen Belastungen im Alter zu schützen. Der Bundesvorstand soll sich ferner mit der konkreten Ausgestaltung einer Generationenbilanzierung in Form eines „Geschäftsberichtes Deutschland“, wie sie im Leitantrag des Parteitages von Dresden 2001 („Freie Menschen. Starkes Land – Vertrag für eine sichere Zukunft“) beschlossen wurde, beschäftigen.

## **Beschluss C 39**

### **Kommunen stärken**

Die finanzielle Situation der Kommunen hat sich auch in diesem Jahr dramatisch zugespitzt. Nach dem Scheitern einer umfassenden Gemeindefinanzreform, deren Ziel eine grundlegende Neuordnung der Gemeindefinanzen auf der Basis einer kompletten Überprüfung von Aufgaben- und Zuständigkeiten sein sollte, wurde lediglich die Zurücknahme der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, die Teil des von der Union geforderten Sofortprogramms war, beschlossen. Doch diese Entlastung reicht nicht aus, um die dramatisch steigenden Ausgaben der Kommunen u. a. für soziale Leistungen zu kompensieren. Anstelle der versprochenen Ent-

lastung erhalten die Kommunen ständig neue kostenträchtige Aufgaben (Bsp.: Grundsicherungsrente, Ganztageschulen, TAG). Die beschriebene Politik zwingt die Kommunen dazu, ihre Investitionen in Rekordtiefe abzusenken. Der immer schlechter werdende Zustand der öffentlichen Infrastruktur schwächt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die anhaltende Vernachlässigung der Schulinfrastruktur, Kürzung und Schließung von sozialen und kulturellen Einrichtungen haben katastrophale Folgen für die Zukunft unserer Gesellschaft. Wie weit die Kommunen inzwischen gezwungen sind, laufende Ausgaben dauerhaft mit Kassenkrediten zu finanzieren, belegen die Daten der Kommunalfinanzstatistik. Allein im Jahr 2003 sind die Kassenkredite bundesweit um über 5 Mrd. Euro auf 16,25 Mrd. Euro angestiegen und im ersten Halbjahr 2004 weiter auf 18,6 Mrd. Euro angewachsen. Aus Nordrhein-Westfalen erreicht uns die Nachricht, dass allein die Fehlbeträge in den kommunalen Verwaltungshaushalten nach der amtlichen Kassenstatistik in den letzten drei Jahren um 1000 Prozent zugenommen haben (von 507 Mio. Euro im Jahr 2000 auf 5,3 Mrd. Euro im Jahr 2003). Für das Jahr 2004 werden Fehlbeträge in Höhe von rd. 5,6 Mrd. Euro prognostiziert.

### **Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muss Kommunen entlasten**

Die CDU Deutschlands fordert die rot-grüne Bundesregierung auf, ihre Zusicherung einzuhalten, die Städte und Gemeinden durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bundesweit um 2,5 Mrd. Euro zu entlasten. Die Bundesregierung muss – wie zugesagt – den Kommunen, die durch Hartz IV entstandenen Kosten in vollem Umfang erstatten.

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesagentur für Arbeit auf, Hartz IV in echter Partnerschaft mit den Kommunen zügig umzusetzen, so dass alles getan wird, um die Arbeitsvermittlung und die Auszahlung der Leistungen erfolgreich zu vollziehen. Die konstruktive und kooperative Zusammenarbeit zwischen Arbeitsverwaltung und Kommunen ist absolut notwendige Voraussetzung, um das Gelingen der Reform nicht aufs Spiel zu setzen. Mit gemeinsamen Anstrengungen muss es gelingen, zusätzliche Beschäftigung beispielsweise kurzfristig Stellen im Pflegebereich, in der Jugendarbeit und im Umweltschutz zu schaffen, damit Langzeitarbeitslose und ihre Familien eine neue Perspektive bekommen.

## **Föderalismusreform - Den Bürgern den Staat zurückgeben!**

Die Revitalisierung des Föderalismus in Deutschland bietet in Verbindung mit einer konsequenten Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips die beste Voraussetzung für einen bürgernahen Staat. Die CDU setzt sich für eine umfassende Föderalismusreform ein, die dem Anspruch unserer Bürgerinnen und Bürger auf politische Gestaltungsmöglichkeiten, auf Durchschaubarkeit und Verständlichkeit politischer Strukturen und eigene Handlungs- und Entscheidungskompetenz in den Kommunen wirklich gerecht wird. In keinem gesellschaftlichen, politischen oder staatlichen Rahmen als der kommunalen Selbstverwaltung können Bürgerinnen und Bürger die Geschicke selber in die Hand nehmen. Aktive Bürgerbeteiligung in den Kommunen muss sich wieder lohnen, Spaß machen, aber in erster Linie auch wieder etwas bewirken können. Dazu muss die Kommunale Selbstverwaltung wieder mit dem finanziellen und politischen Handlungsspielraum ausgestattet werden, der eine verantwortliche Teilhabe vor Ort überhaupt erst ermöglicht und den Bürgerinnen und Bürgern auf konkrete Weise Demokratie erfahrbar macht.

Wir, die CDU Deutschlands fordern deshalb eine Föderalismusreform, die

- dem Subsidiaritätsprinzip uneingeschränkte Geltung verschafft. So wird die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Entscheidungen möglichst dezentral und nahe am Bürger getroffen werden und die Länder und Gemeinden gegenüber Zugriffen auf die ihnen zustehenden Gestaltungsrechten geschützt sind.
- die Kompetenzzuordnung zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu regelt und dabei die Verknüpfung von Aufgabenverantwortung und Ausgabenlast ebenso berücksichtigt wie die Umgestaltung des föderalen Gefüges in der Finanzordnung. Die gegenwärtige dramatische Finanzsituation der kommunalen Haushalte resultiert maßgeblich aus dem verfassungsrechtlichen Mangel, dass der, der eine Aufgabe zuweist, nicht auch für deren Finanzierung aufkommt. Es muss zukünftig verhindert werden, dass der Bund weiterhin Aufgaben an die Kommunen überträgt, ohne für die Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel zu sorgen. Dem Bund muss jedes Durchgriffsrecht auf die Kommunen verfassungsrechtlich untersagt werden.

### **Investitionskraft der Kommunen stärken**

Es ist eine Steuerreform durchzusetzen, die auf der Grundlage der Beschlüsse des 17. Parteitages von Leipzig die Situation der Kommunen maßgeblich berücksichtigt. Um die Investitionskraft der Kommunen zu stärken und neue Impulse für mehr Beschäftigung in Deutschland zu erzielen, bedarf es einer umfassenden Reform der Gemeindefinanzen, nach der kommunale Selbstverwaltung und kommunale Finanzautonomie wieder stattfinden können.

### **Beschluss C 500**

Die CDU tritt dafür ein, dass der christliche Religionsunterricht im Fächerkanon der Schule verankert ist und bleibt. Dabei geht es nicht nur um ein historisches Bildungsgut des Abendlandes, sondern auch um Hilfe zur Lebensorientierung und zur sinnvollen Lebensgestaltung. Wir halten an dem Auftrag des Art. 7 unseres Grundgesetzes fest, dass der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach erteilt wird. Dazu gehört auch, dass die Bundesländer durch ausreichende Personal- und Sachmittel sicherstellen, dass der Unterricht auch tatsächlich erteilt werden kann. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt.

Für Schülerinnen und Schüler, die nach dem Willen ihrer Erziehungsberechtigten – oder bei entsprechendem Alter durch eigene Entscheidung – nicht am Religionsunterricht teilnehmen, ist ein Fach „Ethik“ als Wahlpflichtfach neben dem Religionsunterricht einzurichten. Ein solches Fach versteht die CDU als Bekenntnis zum ethischen Auftrag der öffentlichen Schule.

Auf der Basis des Grundgesetzes soll an öffentlichen Schulen, die von einer ausreichenden Zahl Schülerinnen und Schüler islamischen Glaubens besucht werden, auch islamischer Religionsunterricht eingerichtet werden. Er muss in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten und durch die zuständigen staatlichen Stellen angestellten Lehrern erteilt werden. Auch dieser Unterricht unterliegt der deutschen Schulaufsicht. Zu prüfen ist die Ausbildung von Lehrern und Geistlichen islamischen Glaubens an eigenen theologischen Fakultäten in Deutschland.

## **Beschluss C 503**

Der Bundesparteitag der CDU spricht sich dafür aus, dass sich die CDU/CSUBundestagsfraktion in besonderer Weise für den Schutz der elementaren Menschenrechte als politische Kernaufgabe der Zukunft einsetzt. Die Umsetzung von Menschenrechtsverträgen muss erwirkt und Menschenrechtsmechanismen müssen gestärkt werden. Die Vereinten Nationen haben hierbei neu zu einer geschlossenen Handlungsfähigkeit zu finden. Oberstes Gebot bei den politischen Durchsetzungsbemühungen ist dabei die Wahrung der Menschenrechte auch im Kampf gegen Terrorismus und Menschenrechtsvergehen. Das Recht auf sowohl positive wie negative Religionsfreiheit gilt es insbesondere in islamischen und totalitären Staaten mit Nachdruck zu befördern.

## **Beschluss C 505**

### **„10 Eckpunkte zur Bildung und Betreuung von Kindern“**

#### **1. Wahlfreiheit setzt ein bedarfsgerechtes flächendeckendes Angebot voraus**

Kernpunkt der Familienpolitik der Union ist die Wahlfreiheit für Eltern hinsichtlich ihrer Lebensgestaltung und der Erziehung ihrer Kinder. Eltern wollen und sollen selbst entscheiden, ob und wie sie für die Betreuung ihrer Kinder selbst sorgen oder Betreuungsangebote, z.B. von Tagesmüttern, Krippen, Kindergärten, Horten bis hin zur Ganztagschule nutzen wollen.

Wahlfreiheit ist nur bei einem ausreichenden Angebot wirklich gegeben. Derzeit sind die Voraussetzungen dafür in den einzelnen Bundesländern und Kommunen unterschiedlich gegeben. Ziel muss es sein, bundesweit zu einem bedarfsgerechten flächendeckenden Angebot zu kommen.

Für Kinder unter drei Jahren sind die Betreuungsmöglichkeiten insgesamt unzureichend. In den neuen Bundesländern liegt der Versorgungsgrad zwar bei 37 Prozent, in den alten Ländern jedoch nur bei 2,7 Prozent. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist –

jedenfalls als Halbtagsplatz – weitgehend umgesetzt. Lücken gibt es hier vor allem bei der Betreuung am Nachmittag. Für Schulkinder gibt es ein gut ausgebautes Netz an Horten nur in den neuen Bundesländern. Bundesweit entspricht das Angebot an Ganztagschulen nicht dem Bedarf.

## **2. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und bessere Bildung**

Der Ausbau des Betreuungsanbots für Kinder ist sowohl unter dem Aspekt einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit als auch unter dem Gesichtspunkt einer früheren und besseren Bildung von Kindern voranzutreiben.

Unter dem Aspekt einer Verbesserung der work-life-Balance sollten auch Unternehmen ihren Beitrag zu einer Flexibilisierung von Arbeitszeiten und zum Ausbau von qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten leisten. Wirtschaftsverbände fordern die Einführung von Ganztagschulen mit Blick auf eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Arbeitswelt. 56 Prozent der Bürgerinnen und Bürger befürworten grundsätzlich das Angebot von Ganztagschulen.

## **3. Bildung und Betreuung im Interesse des Kindeswohls**

Kinder brauchen Zeit, Zuwendung und individuelle Förderung. Jedes Kind hat sein eigenes Entwicklungstempo mit Eigenaktivitäten und Anregungen von außen. Es braucht Erwachsene und Kinder für seine emotionale, geistige und soziale Entwicklung mit gruppenbezogener und individueller Förderung. Kinder lernen spielend und situativ aber auch durch gezielte Anleitung und wiederholende Übung. Familienergänzende Bildung und Betreuung ist auf das gemeinsame Kindes- und Elternwohl auszurichten.

## **4. Bildung in den ersten zehn Lebensjahren**

Zur besseren Verzahnung von Bildung und Erziehung muss ein Bildungskonzept bis zum zehnten Lebensjahr von Kindern entwickelt werden.

Wir brauchen ein umfassendes Bildungsverständnis, das der frühen Förderung der Kinder vor Eintritt in die Schule einen höheren Stellenwert gibt. Das Ziel ist eine optimale kind- und

altersgerechte Förderung in Elternhaus und Betreuungseinrichtungen. Dazu gehören Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Kompetenz ebenso wie zur Verbesserung der Sprachkompetenz, für bilinguale Sprachangebote, zur besseren Verzahnung von vorschulischem Bereich und Grundschule aus pädagogischen Gründen, zur Förderung der Kinder mit dem Ziel einer frühzeitigen Einschulung sowie zur wirksamen Förderung bildungsbenachteiligter Kinder insbesondere mit Migrationshintergrund.

Besondere Beachtung und Förderung brauchen behinderte Kinder. Investitionen in Schulgebäude und Ausstattung, wie sie die Bundesregierung zum Ausbau der Ganztagschulen vorsieht, reichen nicht aus, um die Defizite im Bereich der Bildung, die mit den Studien PISA, TIMSS und IGLU zu Tage getreten sind, auszugleichen. Zur Anhebung des Bildungsniveaus kommt es insbesondere auf bessere pädagogische Konzepte und die Qualifikation von Lehrerinnen und Lehrern an.

### **5. Betreuungsformen für Kinder unter 3 Jahren**

Für Kinder unter 3 Jahren ist der bedarfsgerechte Ausbau eines qualitativ guten Betreuungsangebotes erforderlich. Neben einem breiteren Angebot an Krippenplätzen ist vor allem ein Konzept zum Ausbau der Tagespflege (z.B. Tagesmütter) zu entwickeln.

### **6. Kindergarten „plus“ mit flexiblem Übergang in die Schule**

Wir brauchen ein bedarfsgerechtes verlässliches Ganztagsbetreuungsangebot für Kinder von 3 bis 6 Jahren. Die Möglichkeit, das Betreuungsangebot auch nur stunden- oder tageweise in Anspruch zu nehmen, sollte häufiger gegeben sein.

Um der wachsenden Bedeutung der frühkindlichen Erziehung und Bildung Rechnung zu tragen, müssen die Eltern mittelfristig bei den Kosten für Kindergartenplätze entlastet werden. Der bestehende Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung soll für die Eltern kostenfrei werden. Dies darf jedoch nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Das Saarland hat gezeigt, wie dies durch Schwerpunktsetzungen und Umschichtungen im Landeshaushalt ermöglicht werden kann.

Wir plädieren für eine Flexibilisierung des Übergangs vom Kindergarten zur Grundschule. Dazu zählen auch Vorschulangebote.

### **7. Reform der Fachkräfteausbildung**

Für eine gute und pädagogisch hochwertige Erziehung und Betreuung sind motivierte und gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher entscheidend. Deshalb treten wir für eine Reform der Fachkräfteausbildung ein. Vor allem die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern für das dritte Kindergartenjahr muss stärker mit der Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte in Grundschulen verzahnt werden.

### **8. Tatsächliches Einschulungsalter senken – Schulzeiten verkürzen**

Das tatsächliche Einschulungsalter sollte bei 6 Jahren liegen. Derzeit ist es mit durchschnittlich 6,8 Jahren zu hoch. Bindende Voraussetzung für die Einschulung sollte das erfolgreiche Bestehen von Sprach- und Entwicklungsstandstests werden. Eine frühe Einschulung und effizient genutzte Schulzeit tragen auch dazu bei, dass junge Menschen früher ihren schulischen Abschluss erreichen und früher ins Berufsleben eintreten. Dies unterstützt unser Ziel, die Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre zu verkürzen.

### **9. Ausbau von Ganztagsangeboten**

Um den unterschiedlichen Bedürfnissen von Eltern und Kindern sowie den regionalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, fordern wir den schrittweisen bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen für alle Schulformen als offene oder gebundene Ganztagschulen.

Offene Ganztagschulen dienen in erster Linie der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sind noch keine hinreichende Antwort auf PISA. In einer offenen Ganztagschule werden Bildungs- und Betreuungsangebote für den Nachmittag gemacht. Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung und Förderunterricht wird ergänzt durch Angebote aus dem sportlichen, sozialen, kulturellen und kreativen Bereich von außerschulischen Partnern. Die Nachmittagsangebote sollten Teil des pädagogischen Gesamtkonzepts sein. Das Personal am Nachmittag ist durch geeignete Fortbildungsveranstaltungen auf die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern vorzubereiten. Der Besuch der Ganztagschule darf nicht vom Einkommen der Eltern

abhängen. Die Anmeldung der Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme ist freiwillig.

In gebundenen Ganztagschulen ist der Unterricht über den Vor- und Nachmittag verteilt und folgt einem pädagogischen Gesamtkonzept. Es findet ein Wechsel von Unterricht und Angeboten im sportlichen sozialen, kulturellen und kreativen Bereich statt. Auch hier bietet sich die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern an. Dank der größeren zeitlichen Möglichkeiten können besonders Begabte, Lernschwache und Kinder mit Migrationshintergrund besonders differenziert gefördert werden. Die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler ist verpflichtend.

## **10. Reform der Gemeindefinanzen und höhere Beteiligung der Länder an der Umsatzsteuer**

Das Finanzierungsmodell der Bundesregierung für den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder bis 3 Jahren, das sich auf potenzielle Einsparungen aus der Umsetzung des Hartz-Konzepts stützt, steht auf tönernen Füßen. Wir brauchen daher eine Reform der Gemeindefinanzen, die die Kommunen in die Lage versetzt, die Betreuung für Kinder unter 6 Jahren qualitativ und quantitativ zu verbessern.